

# ZWEI JAHRE MILITÄRREGIERUNG IN PERU

Von FRIEDRICH WEHNER

Seit am 3. Oktober 1968 die peruanischen Streitkräfte die Geschicke des Landes in die Hände genommen haben, hat ihre Militärregierung eine Reihe wahrhaft revolutionierender Maßnahmen durchgeführt. Die Beurteilungen dieser Maßnahmen schwanken zwischen Zustimmung und Unsicherheit über die Zukunft. Eine Ungewißheit kann allerdings nicht bestehen über die Ziele und Absichten dieser Regierung, die sich darüber in dem Revolutionsstatut vom 3. Oktober 1968 und in den Reden von Präsident General *Juán Velasco Alvarado* unmißverständlich ausgelassen hat.

Diese Militärregierung unterscheidet sich grundsätzlich von dem traditionellen Vorbild iberamerikanischer Militärregierungen, denen es durch einen „golpe militar“ gelungen ist, meist nur für befristete Zeit am Ruder zu bleiben und dabei die Interessen der traditionellen Machtgruppen zu vertreten. Auch von neueren und reformistischer eingestellten Militärregierungen hebt sie sich ab durch die verpflichtende Klarheit ihrer Zielsetzungen und die Härte und Konsequenz in der Durchführung. In Perú war das Militär schon geraume Zeit der politisch ausschlaggebende Faktor; unter Berufung auf Art. 214 der Verfassung spielte es die Rolle des Vormundes und Beschützers des Staates, des Hüters der Verfassung; gegen den Willen des Militärs konnte nichts mehr geschehen. Die jetzige Machtergreifung ist verbunden mit der offenen Kampfansage an die bisherigen Macht- und Interessentengruppen; die Regierung will einen radikalen Wandel der Gesellschaftsstruktur und der semikolonialen Wirtschaftsform herbeiführen. Diese Machtübernahme kann daher nicht im herkömmlichen Sinne als Staatsstreich, als „golpe militar“ bezeichnet werden, — sie ist der Beginn eines revolutionären Prozesses.

Diese Militärregierung ist nur zu verstehen aus einem inneren Wandel des peruanischen Militärs, das mindestens bis in die 50er Jahre hinein als konservativ und Wahrer der traditionellen Machtverhältnisse und Strukturen galt, mit einer starken Abneigung gegen die reformistische Bewegung von *Haya de la Torre*, die „*Alianza Popular Revolucionaria Americana*“, bekannt unter der Abkürzung *APRA*, deren eines ihrer Ziele war, das Militär der zivilen Macht unterzuordnen.

Bereits zur Zeit des Präsidenten *Fernando Belaúnde Terry* bahnte sich eine fortschrittliche Linie des Militärs an. Die neue Einstellung gründet sich auf eine Sonderausbildung einer Elite von Obersten und Generalen in dem seit 1950 bestehenden „*Centro de Altos Estudios Militares*“ (*CAEM*), einer Einrichtung ähnlich der brasilianischen „*Escola Superior de Guerra*“. Neben der Ausbildung in der peruanischen „*Escuela de Oficiales de Inteligencia*“, die seit 1905 besteht, wird hier eine politische Schulung in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften vermittelt, mit einer fortschrittlichen Einstellung und einer gerade für Perú neuen Bejahung des institutionellen Prinzips (*lealtad a la institución*) auf der Grundlage einer stärkeren Professionalisierung des Offiziersstandes. Offensichtlich ist heute bereits in den Streitkräften eine einheitliche Ideologie und Konzeption gewachsen und die Qualitäten der Streitkräfte sind in bezug auf Korpsgeist und Disziplin in Verbindung mit einem dem Militärwesen immanenten Sinn für Planung gestiegen, wobei nicht zuletzt auch das Gefühl für Integrität von Bedeutung ist, angesichts der vor der Machtübernahme besonders auffälligen Korruption. Die Schlagkraft des

Heeres hatte sich in der raschen Liquidierung der 1965 aufflackernden Guerilla-Bewegung bereits gezeigt. Ebenso wenig vermochte die verfassungsmäßig gewählte Regierung Belaúnde, die durch widerstrebende Kräfte, Personalismus und überbetriebenen Parlamentarismus geschwächt und uneinig über den Reform- und Entwicklungskurs war, dem Einsatz vom 3. Oktober 1968 zu widerstehen.

Am Tage der Machtübernahme hat die Militärregierung das „Statut der Revolutionsregierung“ erlassen. Die Streitkräfte, repräsentiert durch die Kommandierenden Generale von Heer, Marine und Luftwaffe, identifizieren sich mit den Hoffnungen und Erwartungen des peruanischen Volkes und übernehmen die Verantwortung für die Führung des Staates mit der Verpflichtung, die nationalen Ziele des Volkes endgültig zu verwirklichen.

Oberstes Organ ist die von den drei jeweiligen Oberkommandierenden gebildete „Junta Revolucionaria“. Diese Junta ergänzt sich durch den jeweils dienstältesten General. Die Mitglieder der Junta sind zugleich geborene Mitglieder des Kabinetts als Minister für ihre Fachbereiche.

Die Junta Revolucionaria designiert mit Einstimmigkeit einen Angehörigen der Streitkräfte als Präsidenten des Landes, der den Eid gegenüber der Junta ablegt. Ihm steht ein militärischer Beratungsstab zur Seite in dem „Comité de Oficiales Asesores del Presidente“ (COAP).

Der Präsident beruft in Übereinstimmung mit der Junta die übrigen Kabinettsmitglieder, die Militärs oder Zivile sein können. Bisher wurden Militärs berufen, im Gegensatz zu der Praxis der Militärregierungen in Argentinien und Brasilien, wo man sich der ministeriellen Mitarbeit prominenter Zivilisten bedient. Jeder Minister erhält einen „Asesor Técnico“ beigeordnet. Der Heeresminister ist stets zugleich Kabinettschef. Der Landespräsident ist damit nicht zugleich Chef des Kabinetts, eine gegenüber den Verfassungen der iberoamerikanischen Länder unübliche Regelung, die allerdings der peruanischen Verfassung von 1933 (Art. 157, 158) entspricht, wonach der Landespräsident auch nicht sein eigener Kabinettschef war, allerdings den Vorsitzenden des Kabinetts ernannte und abberief.

An diesen Regelungen ist die Tendenz zur Institutionalisierung interessant, gegenüber dem gerade in Perú bisher stark ausgeprägten caudillistischen Personalismus. Präsident Velasco hat sich in seinen Reden mehrfach zum institutionalistischen Prinzip bekannt („Revolución sin personalismo ni caudillos“).

Rechtsgrundlage ist das Statut vom 3. Oktober 1968, daneben gelten die Bestimmungen der Verfassung von 1933 sowie früher erlassene Rechtsvorschriften, soweit sie mit den Zielen der Revolutionsregierung vereinbar sind. Der Präsident übt die Exekutivgewalt im Sinne der Verfassung aus sowie — mit Zustimmung der Minister — die Legislative durch Erlaß von Gesetzes-Dekreten (Decretos-Leyes), die gemeinsam mit der Junta Revolucionaria verkündet werden.

Jede Regierung von Perú steht heute unausweichlich vor dem großen, im Prinzip für ganz Iberoamerika geltenden Problemkreis, der sich aus dem Aufeinandertreffen der noch immer wirksamen Struktur und Mentalität der spanisch-kolonialen Epoche mit den Erfordernissen des industriellen Zeitalters ergibt, Probleme, deren Lösung von den bisherigen Regierungen entweder nicht ernsthaft gewollt waren oder an denen sie scheiterten.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist in den Wirtschafts- und Gesellschaftsprozess des Landes nicht eingeordnet. Die Bevölkerung war bisher gespalten in eine zahlenmäßig kleine einflußreiche Schicht, der die rund 50 % Indios und 5 % meist negroider Bevölkerung zuzüglich eines Teils der rd. 33 % betragenden Mestizen

gegenüberstanden, die in einer primitiven selbstgenügsamen Unterhaltswirtschaft in Armut unter rückständigsten Umständen oft in verkehrsmäßig unerschlossenen Gebieten leben. Am eigentlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsprozess der Nation hatten diese „Campesinos“ weder als Konsumenten noch als Mitspieler einen Anteil; als Analphabeten waren sie kein politischer Faktor, erstarrt in alten, oft vorcolumbischen Lebensformen, Neuerungen gegenüber abweisend. Ein politisch wirksamer Mittelstand wächst erst langsam heran. Mit dieser gespaltenen Wirtschaftsform konnte Perú keinen in sich unabhängigen Wirtschaftskörper mit eigener Dynamik bilden. Die frühere koloniale Abhängigkeit hatte sich in eine weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit von ausländischen Initiativen und vom Weltmarkt gewandelt. In diesem semikolonialen Zustand war die erstarrte gesellschaftliche Schichtung zu hemmend und steril, um alle Teile der Bevölkerung als Arbeitskräfte und als Konsumenten in eine nationale Marktwirtschaft zu integrieren. Dieser Zustand wurde allmählich für die heranreifenden Erkenntnisse und das aufsteigende Nationalgefühl unerträglich, immer mit der Gefahr, daß die eigene Schwäche aus Ressentiment durch übertriebenen Nationalismus überspielt wird.

Die Junta Revolucionaria geht davon aus, daß nur eine revolutionierende Reformbewegung die Zustände zu ändern vermag. Die grundsätzliche Marschrichtung geht schon aus dem einleitenden Satz des Manifestes vom 2. Oktober 1968 hervor, in dem es heißt, daß die Machtübernahme der „Anfang der endgültigen Emanzipation unseres Vaterlandes“ bedeute; es begann ein neuer Abschnitt der Geschichte Perús. Derartige Wendungen kehren in den Reden des Präsidenten Velasco aus Anlaß der Nationalfeiertage am 28. Juli 1969 und 1970 immer wieder, der den wahrhaft authentisch-revolutionierenden Charakter der Bewegung hervorhebt. Diese Regierung will den schöpferischen Prozeß im Denken und Handeln, die „Segunda Emancipación“, einleiten, die bei der politischen Befreiung von der spanischen Krone vor 150 Jahren ausgeblieben ist. Damit macht die Regierung bewußt Front gegen spanisch-semikoloniale Erbe und Gedankengut, gegen Traditionalismus und Personalismus.

Als endgültiges Ziel nennt Präsident Velasco die Schaffung einer neuen solidarischen und gerechten Gesellschaft. Voraussetzung dazu ist die Auflösung (desblocaje) des bisherigen politischen Systems, oder wie es der Präsident auf einer Pressekonferenz am 24. Juni 1969 aus Anlaß der Verkündung des Gesetzes zur Agrarreform drastisch ausdrückte: „Quebrarle el espinazo a la oligarquía“ (der Oligarchie das Rückgrat brechen). Das alte System mit seinen traditionellen Privilegien und Ungleichheiten als Basis der Unterentwicklung ist abzuschaffen, eine bloße Modernisierung des Bestehenden hieße, deren Dasein zu verlängern. Aber auch neue Oligarchien dürften nicht entstehen.

“Nuestra dependencia, nuestro subdesarrollo, nuestra pobreza y nuestro atraso son el producto de un sistema económico, político y social cuyo mantenimiento hace lógicamente imposible superar esos males profundos del Perú . . . el sistema como tal tiene que ser abandonado” (aus der Rede vom 28. 7. 1970).

In diesem Sinne akzeptiert die Revolution weder das kapitalistische noch das kommunistische System, die beide heute Verfallserscheinungen zeigen würden; beide sind „inválido para la realidad peruana“. Weder Cuba noch der Nasserismus oder der Neoperonismus sind Vorbilder. Die Revolution ist „auténticamente peruana“, eine „revolución nacionalista“, welche die „erste peruanische Unabhängigkeit“ herstellen soll. Auf dieser Grundlage sollen mit allen Ländern der Welt Beziehungen gepflogen werden. Die Peruaner sollen jetzt ihr Schicksal selbst „schmieden“

(forjar). Der Charakter der Revolution ist friedlich, die Revolution erfordert Opfer, rasche Wunder sind nicht zu erwarten.

Auf der Grundlage dieses Gedankengutes und der radikalen Abkehr von den alten Werten sind die bisher erfolgten Maßnahmen zu verstehen, die im Rahmen dieser Betrachtung nur in ihrer grundsätzlichen Bedeutung erwähnt werden können. Der erste und spektakuläre Schlag galt der Besetzung der Ölfelder der „International Petroleum Company“ (IPC) schon wenige Tage nach der Machtübernahme; die endgültige Übernahme in Staatseigentum erfolgte mit Dekret vom 24. 7. 1969 zugleich mit der Übertragung an die staatliche Gesellschaft PETROPERU. Mit der IPC hatte Perú eine alte Rechnung zu begleichen.

Der anfangs befürchtete Widerstand der USA ist ausgeblieben. Mit dieser Aktion hat die Regierung ihren Mut bewiesen und schlagartig nach innen und nach außen mit breiter Zustimmung des peruanischen Volkes das Problem der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität in das rechte Licht gerückt:

“Así se reparó la dignidad y la Soberanía de nuestra Patria. Este fué un paso fundamental y decisivo de la Revolución” (aus der Rede vom 28. 7. 1969).

Das Problem der nationalen Unabhängigkeit und der Einordnung ausländischen Einflusses in das neue authentisch-peruanische Ordnungssystem und seine Ausschaltung da, wo das nationale Wachstum gefährdet erscheint, wird in dem „Ley General de Industrias“ vom 30. 7. 1970 für den industriellen Bereich geklärt. Ausgehend von einer Klassifizierung der industriellen Sektoren, der nationalen Inanspruchnahme der Basisproduktion und der Neugestaltung der Sozialordnung im industriellen Bereich werden ausländische Investitionen grundsätzlich positiv behandelt, jedoch werden sie begrenzt mit einer Sicherung des allmählich wachsenden nationalen Einflusses.

Diese Einstellung kommt auch gegenüber der iberamerikanischen Integration, speziell gegenüber dem „Grupo Andino“, zum Ausdruck. Die Integration wird begrüßt und gefördert; sie darf aber niemals zugunsten der großen internationalen Gesellschaften und zum Schaden der wirtschaftlichen Interessen des peruanischen Volkes funktionieren — sie muß ein Hilfsmittel für die unabhängige Entwicklung sein.

Das einschneidende und mit einer für die bisherige Mentalität ungewohnten Radikalität durchgeführte Gesetz über die Agrarreform vom 24. 6. 1969 muß vor allem unter dem Erfordernis der Einordnung des campesino in den Wirtschafts- und Gesellschaftsprozess sowie der Umfunktionierung der großen bisher im Landbesitz festliegenden Werte zugunsten des industriellen Aufbaus mit nationalem Kapital gesehen werden. Diese Reform zerschlägt das traditionelle System großer in wenigen Händen liegender Latifundien. Die Agrarreform wird zum Kernstück der gesellschaftlichen Umschichtung: „construir una sociedad y un hombre nuevo“.

Im engen Zusammenhang mit der Agrarreform steht eine bisher lange aufgeschobene Neuordnung des Wasserrechts, das die Privilegien der Großgrundbesitzer abschafft und eine gerechte Wassernutzung für alle erreichen will. — Angesichts der Bedeutung, die die Fischwirtschaft für Perú gewonnen hat, hielt man eine Neuordnung und Kontrolle auch dieses Bereichs für notwendig, u. a. wurde das Ministerio de Pesquería errichtet. In diesem Zusammenhang steht auch die strikte Forderung auf die Anerkennung der Hoheit über die 200-Meilen-Zone.

Weitere Maßnahmen gelten der Moralisierung der öffentlichen Verwaltung, der Sicherung der Pressefreiheit (Estatuto de Libertad de Prensa vom 31. XII. 1969) sowie der Regelungen auf den Gebieten des Finanz- und Bankenwesens zwecks

Ausschaltung ausländischer Einflüsse und Gesundung der öffentlichen Finanzwirtschaft. — Die Justizreform ist ebenfalls eingeleitet worden; Präsident Velasco hat die bisherige Justiz als langsam und defekt bezeichnet. Der „Corte Supremo“ wurde neu besetzt und reorganisiert; die Wahl aller Justizbeamten erfolgt durch den von staatlichen Stellen unabhängigen „Consejo Nacional de Justicia“. Das Ziel ist eine unabhängige, sauber und schnell arbeitende Justiz.

Die Militärregierung hält es für erforderlich, bis mindestens zur Mitte der siebziger Jahre an der Macht zu bleiben, um bis dahin die Voraussetzungen für ein demokratisches System zu schaffen. Eine Verfassungsreform als demokratische „Carta Fundamental“ hat die Regierung vorgesehen. Die Herstellung einer wahren Demokratie ist ein Problem in einem Volke, das jahrhundertlang in politischer Apathie und privatem Eigennutz gelebt und gedacht hat. Ein solches Volk kann nicht von heute auf morgen eine originäre Demokratie bilden, es muß dazu erzogen werden durch eine „Demokratisierung von oben“. Die Notwendigkeit hierfür, einen neuen Menschen zu schaffen, wird auch in den Äußerungen des Präsidenten häufig angesprochen; die Parallelität zu Cuba und den Zielsetzungen Fidel Castros ist offenkundig. Hier liegt das Kernproblem jeder Reform in Iberoamerika: Grundlage jeder Demokratie ist ein aus eigener Initiative politisch, sozial und wirtschaftlich aktiv arbeitendes Volk.

Zwei Jahre der Regierung in einem Lande, das nur durch umstürzende Reformen gesunden kann, sind zu kurz, um ein Urteil über Erfolgsmöglichkeiten zu fällen. Eine Jahrhunderte währende Vergangenheit kann nicht in wenigen Jahren „bewältigt“ werden. Was bei dieser Militärregierung aber klar ist, sind die gesetzten Ziele und Ideen und die Unabdingbarkeit in der Durchführung. Hiermit wird zugleich für ganz Iberoamerika ein Beispiel gesetzt; jedes Land hat eigenständige nationale Formen der Bildung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und eigene Konzepte dafür zu entwickeln.

Wie auch immer der endgültige Erfolg dieses peruanischen Experiments ausfallen mag, das peruanische Beispiel einer nationalen Reformbewegung kann nicht ohne Auswirkungen auf Iberoamerika bleiben.